



**Jochen Bülow**

**Mitglied des Kreistages Neuwied**

**Zum Wiesenhof 1**

**57614 Niederwambach**

Breibach, den 24. August 2012

## **Pressemitteilung**

### **SÜWAG-Verhandlungen gescheitert**

**Zu dem gestern in der Presse bekannt gegebenen Scheitern der Verhandlungen mit dem RWE über den Ankauf von SÜWAG-Anteilen durch ein kommunales Käuferkonsortium erklärt Jochen Bülow, stellvertretender Vorsitzender DIE LINKE.Fraktion im Kreistag Neuwied:**

Landrat Kaul hat die Kaufverhandlungen mit dem RWE zur Chefsache gemacht und ist damit zumindest vorläufig gescheitert. Damit wird sehr fraglich, ob die Energiewende ökologisch unter kommunaler Verantwortung – und damit sozial – organisiert werden kann. Dabei darf es nicht bleiben.

Alle politischen Kräfte im Kreistag waren sich einig, dass ein Erwerb der SÜWAG-Mehrheit durch kommunale Eigentümer eine Mindestbedingung für die ökologisch-soziale Neuausrichtung der Energieversorgung in unserer Region ist. Diese Position

ist auch heute noch richtig. Deswegen ist es jetzt notwendig, dass der Gesprächsfaden zum RWE nicht abreißt und die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen gehalten wird. Fraglich ist aus unserer Sicht allerdings, ob die bisherigen Verhandlungsführer über die dafür notwendige Professionalität verfügen. Denn ein endgültiges Scheitern der Verhandlungen würde zu einem ähnlichen Desaster wie bei der Ausweisung von Windenergievorrangflächen führen – mittlerweile haben die Verbandsgemeinden Linz und Unkel kostenträchtige Schritte zur Ausweisung solcher Flächen unternommen – die angesichts sich ändernder Genehmigungsrichtlinien in die Sackgasse zu führen drohen. Auch hier haben Landrat und Kreisverwaltung nicht die notwendige Unterstützung liefern und die Kommunen vor teuren Fehlentscheidungen bewahren können.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat der Kreistag den Landrat schon vor vielen Monaten beauftragt, neben dem Erwerb der SÜWAG-Mehrheit auch die Möglichkeit der Gründung einer Energiegenossenschaft Kreis Neuwied eG zu prüfen, die aus einem möglichen Verkaufserlös der SÜWAG-Beteiligung finanziert werden könnte. Seitdem ist diesbezüglich offenbar nichts geschehen. Der Kreis Neuwied hat anscheinend weder diese Möglichkeit ernsthaft geprüft, noch vorliegende Gesprächsangebote anderer Interessenten für eine SÜWAG-Beteiligung näher in Erwägung gezogen. Zu früh Alternativen aufzugeben ist aber bei Verhandlungen gefährlich, weil es in diesem Fall das RWE in die komfortable Situation bringt, dass sich der Kreis Neuwied unter Erfolgsdruck befindet – und nicht das offenbar an frischem Geld interessierte RWE. Ein solcher taktischer Nachteil muss geradezu zwangsläufig zu einem ersten Scheitern der Gespräche führen, was wiederum den Erfolgsdruck für die kommunale Seite verstärkt und tendenziell einen künftigen Kaufpreis in die Höhe treibt. All dies kann nicht im Interesse des Kreises und der dort lebenden Menschen sein.

Diese Entwicklung ist umso bedauerlicher, als sowohl die SÜWAG, eine Energiegenossenschaft Kreis Neuwied eG, als auch der Ausbau der Windenergie wichtige Bausteine bei der sozial-ökologischen Gestaltung der Wirtschaft im Kreis Neuwied sein könnten. Beides sind erfolgversprechende Ansätze, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region zu halten oder neu zu schaffen. Der Landrat und die Kreisverwaltung sind deswegen nachdrücklich aufgefordert, dem Kreistag in der nächsten Sitzung hierzu praktikable Vorschläge zu machen. Als LINKE werden wir darauf achten, dass dabei ökologische, kommunale und soziale Interessen die notwendige Berücksichtigung finden werden.

Stand: 24.08.2012

Kontakt: Jochen Bülow, mobil: 0170 903 3270